



## Zusammenfassung zum Webinar vom 01. Juli 2020:

### Covid-19 in Africa and the State of Emergency: How can Civil Society best protect Human Rights and Government Accountability?

**Hintergrund:** Die Corona-Pandemie stellt Staaten und Gesellschaften auf der ganzen Welt vor enorme Herausforderungen. Zum Schutz der Bevölkerung und Eindämmung der Pandemie haben weltweit zahlreiche Staaten mit umfangreichen Maßnahmen reagiert, so auch auf dem afrikanischen Kontinent. Diese Schutzmaßnahmen bringen jedoch auch Risiken wie die massive Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte sowie die Ausweitung der Machtbefugnisse von Regierungen mit sich, die nicht nur die demokratische Agenda vieler afrikanischer Länder, sondern auch die Menschen- und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger bedrohen. Auch die Bereitstellung bzw. Umwidmung teilweise enormer finanzieller Ressourcen zur Krisenbekämpfung stellt neue Herausforderungen an die Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht von Regierungen.

Vor diesem Hintergrund luden die Deutsche Afrika Stiftung und das Botswana Centre for Public Integrity zur Online-Diskussion „**Covid-19 in Africa and the State of Emergency: How can Civil Society best protect Human Rights and Government Accountability?**“ mit Gabi Weber MdB (SPD), Alice Mogwe (DITSHWANELO – The Botswana Centre for Human Rights & International Federation for Human Rights) und Muchaneta Mundopa (Transparency International Simbabwe) ein.

#### Highlights:

- Covid-19 stellt Staaten nicht vor nur neue Herausforderungen, sondern betont vor allem bereits bestehende Defizite wie mangelhafte Investitionen in den Gesundheitssektor und die Infrastruktur allgemein, mangelhafte soziale Sicherungssysteme, Arbeitslosigkeit, schlechte Regierungsführung und schwache Institutionen.
- Covid-19 zeigt, wie eng Menschenrechte, Gesundheit, wirtschaftliche Entwicklung, Anti-Korruptionsarbeit, etc. zusammenhängen. Eine Lehre der Covid-19 Krise sollte daher die Abkehr vom Silo-Denken in der Entwicklungszusammenarbeit und -finanzierung sein.

Anders als in Deutschland, wo sich, wie Gabi Weber berichtete, der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung von Beginn an einig gewesen seien, dass es keine Ausgangssperren geben werde, rief der Präsident Botsuanas, Mokgweetsi Masisi, am 31. März den nationalen Notstand aus und verhängte einen strikten Lockdown für die folgenden 28 Tage. Dieser wurde im Anschluss um weitere drei Wochen verlängert. Das Parlament hatte dem nationalen Notstand zugestimmt und diesen sogar um sechs Monate verlängert, wie Alice Mogwe

#### **Begrüßung**

**David Schwake**,  
Generalsekretär Deutsche Afrika  
Stiftung

#### **Diskussion**

**Gabi Weber MdB**,  
Mitglied des Deutschen  
Bundestags, SPD-Fraktion

**Alice Mogwe**,  
Direktorin von DITSHWANELO –  
The Botswana Centre for Human  
Rights & Präsidentin der  
International Federation for  
Human Rights

**Muchaneta Mundopa**,  
Geschäftsführerin Transparency  
International Simbabwe

#### **Moderation**

**Pusetso Morapedi**,  
Geschäftsführerin des Botswana  
Centre for Public Integrity

berichtete. Proteste kamen jedoch von Seiten der Oppositionsparteien, die der Ansicht waren, dass ein öffentlicher Ausnahmezustand nicht erforderlich sei, um die Coronavirus-Situation zu bewältigen, da es alternative Rechtsvorschriften gebe, die die Freiheiten nicht derart stark einschränken würden, wie dies in einem öffentlichen Ausnahmezustand der Fall sei. In Deutschland wiederum, so Gabi Weber, seien sich Regierungs- und Oppositionsparteien (mit einer Ausnahme) einig hinsichtlich der Notwendigkeit der Lockdown-Maßnahmen gewesen, und das Parlament habe die erlassenen Kontaktbeschränkungen und Hygienevorschriften unterstützt. Dies sei vor allem auf die Bilder aus Italien und später auch Spanien zurückzuführen gewesen, die das potenziell schreckliche Ausmaß der Pandemie zeigten. In der Retrospektive hätte sich der Deutsche Bundestag jedoch durchaus intensiver in die Debatte einbringen können, ergänzte Gabi Weber. Dennoch habe man mit dem Anstieg von Protesten in der Bevölkerung, der zeitgleich mit der Entspannung der Covid-19-Lage einherging, zunehmend die kritische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung gesucht und die Notwendigkeit einzelner Maßnahmen hinterfragt.

Obwohl in Botsuana der nationale Notstand verfassungskonform ausgerufen und vom Parlament, in dem die Regierungspartei die Mehrheit innehat, unterstützt wurde, seien die Zweifel der Bevölkerung an der Funktionsfähigkeit des Parlaments und der Ausführung der parlamentarischen Kontrollfunktion gewachsen, berichtete Alice Mogwe aus Botsuana. Neben dem Umstand, dass das Parlament aufgrund der strikten Lockdown-Maßnahmen nicht mehr regelmäßig tagen konnte, sei es in Botsuana zudem vereinzelt zu Festnahmen von Aktivisten der Opposition sowie von Journalisten gekommen. Allgemein lasse sich, so Alice Mogwe, beobachten, dass auf dem afrikanischen Kontinent zunehmend Strafverfolgungsbehörden eingesetzt werden, um vorgeblich die Ausbreitung von falschen Informationen über Covid-19 zu verhindern. Gleichzeitig aber sei zu bemerken, dass dabei die Verhältnismäßigkeit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung stark eingeschränkt werden; gleiches gelte für das Recht auf Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf Bewegungs- und Reisefreiheit.

Auch Muchaneta Mundopa kritisierte die Behinderung von Journalisten in Simbabwe und den mangelhaften Zugang zu Informationen über Covid-19 scharf, lobte aber gleichzeitig den Einsatz von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die aufgrund der Einschränkung der Pressefreiheit vor Gericht gezogen waren. In Simbabwe verdeutliche die Covid-19 Krise insbesondere den Mangel an guter Regierungsführung sowie an der fehlenden Umsetzung zahlreicher internationaler und regionaler Abkommen, erläuterte Muchaneta Mundopa: So wurden beispielsweise gerade einmal 10% statt, wie in der Abuja-Erklärung der Afrikanischen Union vereinbart, 15% des Staatshaushalts dem Gesundheitssektor zugeteilt. Auch die weite Verbreitung und Akzeptanz von Korruption und Fehlverwendung öffentlicher Gelder werde in der Corona-Krise noch deutlicher, betonte sie. Dies zeige sich vor allem in der Vorzugsbehandlung sowie der Straffreiheit hochrangiger Politiker, gegen die Korruptionsvorwürfe erhoben werden, wie zuletzt gegen den simbabwischen Gesundheitsminister. Auch der Einsatz und die Verteilung von Spenden werde kaum offen dargelegt; allerdings seien auch hier zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv geworden und fordern nun vor Gericht die Offenlegung der Verteilung von Hilfsgütern.

Ein weiteres Problem, so Muchaneta Mundopa, sei die Politisierung von Hilfe; hierzu zähle z.B. die Verteilung von Nahrungsmitteln o.ä., die von Regierung und Regierungspartei genutzt werden, um sich die Unterstützung und Stimmen der Bevölkerung für die kommenden Wahlen zu sichern. Alice Mogwe bestätigte diese Beobachtung und äußerte ihre Bedenken gegenüber der möglichen Bevorzugung bestimmter Wahlkreise bei der Verteilung von Hilfsgütern. Vor diesem Hintergrund rief Alice Mogwe dazu auf, die Unterstützung der Regierungen nicht als Nettigkeit oder Geste des guten Willens zu werten, sondern als das, was es sei – die Pflicht der Regierungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Da die Covid-19-Pandemie verstärkend auf bereits bestehende Probleme und Ungleichheiten wirke, seien ohnehin gefährdete Gruppen besonders stark betroffen, waren sich alle Panelistinnen einig. Im deutschen

Bundestag, so Gabi Weber, habe es daher umfangreiche Debatten über die Auswirkungen des Lockdowns z.B. auf Kinder, Familien und insbesondere alleinerziehende Eltern gegeben; daneben sei auch über die Problematik von Chancengleichheit in Bildung und Beruf, die verstärkt von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die politische Agenda gesetzt wurden, diskutiert worden. Auch in Botsuana sei dieses Thema von großer Wichtigkeit, seien doch die Zahlen an Vorfällen von häuslicher und geschlechterspezifischer Gewalt sowie der Missbrauch von Kindern während des Lockdowns extrem angestiegen, berichtete Alice Mogwe. Hier gebe es deutlichen Handlungsbedarf, wobei die Zivilgesellschaft insbesondere im Bereich psychosoziale Unterstützung bereits sehr aktiv sei.

Beschäftigte des informellen Sektors seien ebenfalls sehr stark von den Auswirkungen der Pandemie und der Lockdown-Maßnahmen betroffen: Menschen, die im informellen Sektor tätig sind, seien, so Muchaneta Mundopa, der Pandemie in besonders schwerer Weise ausgesetzt, da sie nicht von zuhause aus arbeiten könnten und oftmals über keinerlei Rücklagen verfügten. Des Weiteren fielen Beschäftigte des informellen Sektors selbst in Ländern wie Botsuana, in denen schutzbedürftige Gruppen von der Regierung unterstützt werden, aus dem Raster, ergänzte Alice Mogwe. Dies liege daran, dass der Lockdown die Durchführung von wirtschaftlichen Aktivitäten zur Erzielung von Einkommen für Selbstständige verhindere. Da diese jedoch zuvor von der Regierung nicht als unterstützungsbedürftig eingestuft worden seien, haben sie nun keinerlei Anspruch auf staatliche Unterstützung im Rahmen von bereits bestehenden Sozialhilfeprogrammen. Im Zuge der Covid-19-Krise wurde jedoch das COVID-19-Nahrungsmittelhilfeprogramm eingeführt, welches alle Personen einschließt, die neu von der Regierung als unterstützungsbedürftig eingestuft und identifiziert wurden. Ähnlich ergehe es auch Migrantinnen und Migranten, die in Botsuana allerdings keine Covid-19-Nahrungsmittelhilfe empfangen würden, da sich das Programm explizit nur an Bürgerinnen und Bürger Botsuanas richte.

Auf die Frage, wie Deutschland und andere Partner die Zivilgesellschaft in afrikanischen Staaten fördern können, fand Alice Mogwe deutliche Worte: Die Covid-19-Pandemie habe erneut gezeigt, wie verwoben verschiedene Themenbereiche wie Menschenrechte, Gesundheit, Wirtschaft aber auch Migration, sozio-ökonomische Ungleichheit oder Nahrungsmittelsicherheit seien, weshalb es – um eine robuste und widerstandsfähige Zivilgesellschaft aufzubauen - unumgänglich sei, die Bedeutung einer soliden Finanzierung für zivilgesellschaftliche Organisationen zu erkennen und diese themenübergreifend sicherzustellen. Global zeichne sich aktuell ein Wandel in der Finanzierung und Förderung weg von Menschenrechtsthemen und hin zum Gesundheitssektor ab. Dies sei vor dem Hintergrund von Covid-19 nachvollziehbar, vernachlässige aber die enge Verwobenheit verschiedenster Themenbereiche und die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes: „Wir müssen aus dem Silo-Ansatz der Finanzierung ausbrechen, um zu erkennen, dass wir wirklich mehr auf die Mitarbeiter vor Ort hören müssen, um wirklich nach dem *bottom-up-Prinzip* arbeiten zu können und um widerstandsfähige Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen aufbauen und stärken zu können [...] Was wir wirklich benötigen, ist ein höheres Maß an Flexibilität, um effektiver reagieren und mit der Covid-19-Situation umgehen zu können.“ Auch der Stärkung unabhängiger afrikanischer Institutionen komme dabei eine besondere Bedeutung zu, ergänzte Muchaneta Mundopa.